

204 km für die Pflege

ver.di

Damit der Sozialstaat nicht auf der Strecke bleibt



Die Altenpflege steht unter Druck. In den vergangenen Jahren erreichte Verbesserungen werden infrage gestellt. So soll laut dem Entwurf zum Pflege neuordnungsgesetz die Tariflohnpflicht ausgesetzt werden. Auch bei den Leistungen, den Zuzahlungen und der Absicherung pflegender Angehöriger sind Verschlechterungen geplant. ver.di-Aktive aus der Altenpflege machen deutlich: so nicht! Sie tragen ihre Forderungen von Magdeburg zum Bundestag nach Berlin – 204 Kilometer zu Fuß, mit Pflegebett. Damit der Sozialstaat nicht auf der Strecke bleibt.

Attraktive Arbeitsplätze durch tarifliche Bezahlung

Die sogenannte Tariflohnpflicht hat zwar nicht die Tarifbindung erhöht, sie hat die Bezahlung besonders in kommerziellen Pflegeheimen aber zum Teil spürbar verbessert. Das hat diese so wichtige Arbeit attraktiver gemacht. Doch diese wirksame Verbesserung steht nun wieder auf dem Spiel. Laut Entwurf des neuen Pflegegesetzes soll die Tariflohnpflicht bis Ende 2030 ausgesetzt werden – ein fatales Signal. Tarifverträge müssen flächendeckend gelten und voll refinanziert werden.

30. August 2026

Magdeburg
Start

10,8 km

in Magdeburg

31. August 2026

Burg

38,4 km

Eigenbeiträge der Bewohner*innen deckeln

Laut Koalitionsvertrag sollten die pflegebedingten Eigenanteile in der stationären Pflege begrenzt werden. Nun planen Union und SPD das Gegenteil: Staatliche Zuschläge sollen erst später gezahlt, de facto also gekürzt werden. Dabei sind schon jetzt rund 37 Prozent der Bewohner*innen von Hilfe zur Pflege abhängig. Werden es noch mehr, belastet das ohnehin klamme Kommunen zusätzlich. Stattdessen müssen die Eigenbeiträge mindestens gedeckelt werden.

1. September 2026

Genthin

74,7 km

Pflegende Angehörige wertschätzen

Über 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt – meist von ihren Angehörigen. Dreiviertel von ihnen sind Frauen. Viele unterbrechen oder reduzieren deshalb ihre Erwerbstätigkeit. Nun will die Bundesregierung die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige um 30 Prozent kürzen. Noch mehr ehrenamtlich Pflegende, vor allem Frauen, werden dadurch in der Altersarmut landen. Sie brauchen mehr Unterstützung, keine Bestrafung.

2. September 2026

**Brandenburg
an der Havel**
104,3 km

Versicherungsfremde Leistungen aus Steuern finanzieren

Die Kosten der Rentenversicherung pflegender Angehöriger werden allein den gesetzlich Versicherten aufgebürdet. Würde diese gesellschaftliche Aufgabe aus Steuern bezahlt, hätte die Pflegeversicherung jährlich fünf Milliarden Euro mehr. Allein die Rückzahlung der Corona-bedingten Ausgaben würde rund sechs Milliarden Euro in die Pflegekasse spülen und Beitragssteigerungen unnötig machen. Der Bund muss endlich Verantwortung übernehmen.

Finanzausgleich zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung

Das Nebeneinander von staatlicher und privater Versicherung ist sozial ungerecht. Die Ausgaben pro Privatversicherten sind nur halb so hoch wie für die Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung – bei gleichem Leistungsrecht und gleichen Begutachtungsregeln. Zudem verdienen privat Versicherte im Durchschnitt besser und zahlen daher mehr ein. Es braucht zumindest einen Mechanismus, der die unterschiedliche Risikostruktur beider Systeme in Ausgleich bringt.

3. September 2026

Werder
138,3 km

4. September 2026

Potsdam
153,8 km

Alle Einkommen in die Pflegefinanzierung einbeziehen

Um die soziale Pflegeversicherung dauerhaft auf eine solide Grundlage zu stellen, muss die Einnahmehasis erweitert werden. Das geht, indem nicht wie bisher nur die Löhne, sondern alle Einkommensarten für Beiträge herangezogen werden – zum Beispiel auch hohe Mieteinnahmen und Aktiengewinne.

Vollversicherung für die Pflege einführen

Die Krankenversicherung deckt das Krankheitsrisiko voll ab. Die Pflegeversicherung ist hingegen ein Teilleistungssystem – und soll dies nach dem Willen der Bundesregierung auch bleiben. ver.di plädiert hingegen dafür, sie zu einer Vollversicherung weiterzuentwickeln, die alle pflegebedingten Kosten abdeckt. Bei Einbeziehung aller Einkommensarten wäre eine solche Solidarische Pflegegarantie gut finanzierbar, ohne dass die Beiträge stark steigen.

5. bis 7. September 2026

Berlin
204 km

Am 7. September übergeben wir
unsere Forderungen an Abge-
ordnete des Bundestags in Berlin.

ZIEL

Aktionstag am 26. September 2026:

Rette mit uns den Sozialstaat

Die Bundesregierung setzt nicht nur bei der Pflege, sondern auch bei der Rente, beim Wohngeld, in der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe den Rotstift an. Sie will längere Arbeitszeiten, mehr Befristungen und weniger Sicherheit für Beschäftigte. Schon am ersten Krankheitstag sollen sie ein ärztliches Attest einholen müssen. Und vieles mehr.

Dagegen ruft ver.di zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund am 26. September zu **Demonstrationen in 15 Großstädten** auf.

Sei dabei!

verdi.de/stabilbleiben-sozialgestalten



204 km für die Pflege

Damit der Sozialstaat nicht auf der Strecke bleibt

t1p.de/204km

